

Kommentar zum Text von Jörg Goldberg von Ulrike Simon ([Ulrike Simon <us@dreimallinks.de>](mailto:us@dreimallinks.de))

Die Lektüre des Textes regte mich zu Widerspruch an: Geht es um Dissens oder Akzentverschiebungen?

1. Die begriffliche Trennung von Ökonomie und Politik bei der Kapitalismusanalyse verhilft weder zum Verständnis der realen Verhältnisse auf den Weltmärkten noch zu dem der Nationalökonomien selbst: „... **der Kapitalismus basiert nicht auf einer strikten Trennung von Staat und Markt, hat dies nie getan, und wird das auch nicht tun.**“¹ Die wirtschaftliche Entwicklung in einem kapitalistischen System setzt einen Staat voraus, der die nötigen Voraussetzungen zur Entwicklung der unternehmerischen Dynamik schafft. Wie ein Staat binnenwirtschaftlich seine Rolle als ökonomischer Akteur ausfüllt, ausfüllen kann bzw. will, hängt eng mit seiner Position auf dem Weltmarkt zusammen und umgekehrt.

Als industrielle Supermacht aus zwei Weltkriegen hervorgegangen, bestimmten die USA die Weltmarktregeln. Zeitgleich mit der „unipolaren Phase“ nach dem Fall der Sowjetunion begann die mit dem Rückzug des Staates verbundene „neoliberale Regression“², die im Land zu niedrigen Wachstumsraten und stagnierenden Reallöhnen führte. Über Privatisierungen, globale Kreditgeschäfte, Investitionen und Aufsplitterung der Lieferketten u.v.m. erhöhte das Kapital jedoch seine Profite immens. So wurden die Länder des Südens in den US-dominierten Weltmarkt eingebunden, und es entstanden dort Industrien; als Ganzes profitieren konnten davon jedoch nur diejenigen Volkswirtschaften, in denen, wie in China, der Staat eine eigenständige ökonomische Rolle einnahm. Andere Länder gerieten immer wieder in Schuldenkrisen und leiden unter fehlender Lebensmittel- und Energiesicherheit.

2. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen waren also schon lange stark politisiert. **Hinter der Rolle des wohlwollenden Hegemons verbirgt sich eine historisch einzigartig aggressive imperialistische Macht**, die dem Kapital die Extraktion von Profiten aus der ganzen Welt ermöglicht. New-York-Times-Kolumnist T. Friedman schrieb 1999: „Die verborgene Hand des Marktes wird niemals ohne eine verborgene Faust funktionieren ... Und die verborgene Faust, die die Welt für [amerikanische Konzerne] sicher macht, heißt U.S. Army ...“³

Als neokoloniale Macht treibt das US-Imperium formal souveräne Staaten in vielfältige Abhängigkeiten und erzeugt finanziellen, ökonomischen und politischen Druck, z.B. über die mit der Vergabe von Krediten verbundenen, durch IWF und Weltbank oktroyierten Auflagen. Wer sich nicht freiwillig unterordnet, wird mit Sanktionen und Kriegen überzogen, die Millionen direkter und indirekter Opfer kosteten. Eigenständige Entwicklungsmodelle und geopolitische Positionen duldet der Hegemon, wenn überhaupt, nur in engen Grenzen.

Das erklärt, warum das vom System profitierende China und das bisher wirtschaftsliberale Russland heute nach Alternativen suchen (müssen), und warum der Rest der Welt (RoW) es grundsätzlich begrüßt, dass sie sich an die Spitze einer ausdrücklich anti-kolonialen Bewegung stellen.⁴

1 Desai, Radhika: Geopolitische Ökonomie, 2020, zitiert nach nach Goldberg

2 Flassbeck, Heiner und Steinhardt, Paul: Gescheiterte Globalisierung, 2018, Kapitel 2

3 Zitiert nach Fazi, Thomas, [The capitalists are revolting over China](#), 7.6.2023 (Zugriff 15.6.2023); deutsche Übersetzung: [In Sachen China revoltieren die Kapitalisten](#), 19.7.2023 (Zugriff 20.7.2023)

4 [Abstimmungsergebnis der UN-Generalversammlung](#) zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung am 14.12.2022 (Zugriff 20.7.2023)

3. Die Finanzmarktkrise von 2008 ist als „Wendepunkt im internationalen System“ zu betrachten. Zwar zog sie nicht den unmittelbaren Zerfall des US-Imperiums nach sich - der steht noch immer nicht auf der Tagesordnung - sie markiert aber die unheilbare Krisenanfälligkeit des finanzimperialistischen Systems. Die zur Stabilisierung notwendige Hinwendung zur staatlichen Kontrolle der Finanzindustrie und -märkte erfolgte nicht; stattdessen suchte der Hegemon, das System räumlich auszudehnen und verstärkte die aggressiven Bemühungen um die Kontrolle des eurasischen Raums durch die Eindämmung von Russland und China. Diese Strategie stieß im Laufe der Ukraine-Krise an ihre Grenzen.

Die aktuelle, das eigene System untergrabende US-Politik in Richtung bipolarer Welt zeugt von Schwäche. Stärkere Interventionen eines zunehmend autoritär agierenden Staates in Verbindung mit massiver Militarisierung sollen strukturelle Systemmängel kompensieren, auch auf Kosten von Teilen der eigenen Wirtschaft und der Verbündeten⁵, und gleichzeitig die widerständigen Gegner in die Schranken weisen.

Der Erfolg ist fraglich. Die negativen Auswirkungen treffen vor allem Europa, verschonen jedoch auch die USA nicht. Im Zuge der Globalisierung haben sich die Abhängigkeiten vervielfacht und verschoben: Ein weitgehend de-industrialisiertes Land, mit Facharbeitermangel, maroder Infrastruktur und ohne Zugriff auf wichtige Rohstoffe und Fertigteile kann weder den schnellen Ausbau der Rüstungs- noch einer grünen Industrie problemlos und schnell bewerkstelligen, ganz zu schweigen von einem militärischen Sieg über Russland oder China ohne Einsatz von Nuklearwaffen.

4. Wie Wolfgang Streeck am Beispiel eines genossenschaftlichen Europa überzeugend darlegt⁶, könn(t)en Staaten durchaus mithilfe von Diplomatie und Interessenausgleich friedlich zusammenleben, ohne dass ein allmächtiger Hegemon sie dazu zwingt. Die erforderlichen Regeln für eine multipolare Welt-(Wirtschafts-)Ordnung sind weder Hexenwerk noch neu, wie z.B. eine entsprechende UN-Resolution aus dem Jahre 1974 beweist⁷. Was bisher fehlte, ist die zur Durchsetzung notwendige Macht. Das könnte sich über den Aufstieg Chinas und Russlands und das Erstarken verschiedener neuer Organisationen ändern. Zum BRICS-Gipfel in Südafrika liegen ca. 30 Aufnahmeanträge vor. Angesichts neuer Kräfteverhältnisse und nie dagewesener wirtschaftlicher Verflechtungen erscheinen Kriege immer irrationaler.

Keineswegs unterschätzen sollte man das strategische Denken der Verantwortlichen in China, Russland und dem RoW und deren umfassende Handlungsinitiativen zum Aufbau alternativer Strukturen, über die hierzulande wenig berichtet wird, und die schon einige Erfolge vorweisen können⁸. Im Gegensatz zum Drängen der USA möchte sich der RoW nicht für eine Seite entscheiden müssen. Die Regierungen kennen aber auch sehr genau die Dilemmata, in die sie diese Haltung treibt⁹. So ist die Zukunft der Weltordnung noch nicht entschieden, vorsichtiger Optimismus – auch für Europa? - jedoch erlaubt.

5 Siehe Anmerkung 3

6 Streeck, Wolfgang: Zwischen Globalismus und Demokratie, 2021

7 Declaration on the Establishment of a New International Economic Order: [UN. General Assembly \(6th special sess. : 1974\)](#) (Zugriff 20.7.2023)

8 Watkins, Simon: [U.S. Losing Influence As Saudi Arabia Joins Shanghai Cooperation Organization](#), 5.4.2023 (Zugriff 20.7.2023)

9 Akopow, Pjotr: [Putin reist nicht nach Afrika – Afrika kommt nach Russland](#), 20.7.2023 (Zugriff 20.7.2023)

6011 Zeichen ohne Überschrift und Fußnoten